

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 162. Ratssitzung vom 30. Januar 2013

3572. 2012/270

Postulat von Michael Baumer (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 27.06.2012: Räumung von besetzten Liegenschaften in Wohnquartieren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Michael Baumer (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2888/2012): In der Stadt Zürich besteht seit vielen Jahren ein Regime, das den Umgang mit besetzten Liegenschaften regelt. Dieses kann heute wohl nicht geändert werden. Unser Anliegen ist es aber, dass in geduldeten besetzten Liegenschaften kein rechtsfreier Raum ausgelebt wird. In seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage (2012/274) im Zusammenhang mit einer Besetzung im Kreis 6 äusserte sich der Stadtrat wie folgt: «In besetzten Häusern herrscht kein rechtsfreier Raum. Die Durchsetzung von Vorschriften in besetzten Liegenschaften ist jedoch schwierig, weil anders als bei Gastbetrieben keine verantwortlichen Personen bekannt sind.» Werden in einem Wohnquartier aber regelmässig Partys gefeiert, muss die Bevölkerung nun einmal geschützt werden, und dazu sind entsprechende Vorkehrungen nötig. Um die Duldung solcher Veranstaltungen zu begründen, wird immer wieder das Verhältnismässigkeitsprinzip herangezogen, was uns durchaus einleuchtet; die Polizei setzt – gerade am Wochenende – ihre Schwerpunkte anders und kann auch nicht mit zwei Polizeiangeestellten eine Party mit 100 Leuten sprengen. Wir finden aber, dass Besetzungen, deren Akteure sich nicht eigenverantwortlich verhalten, aufgelöst werden müssen. Das Regime darf nicht missbraucht werden. Mit einer Räumungsandrohung hätte die Stadtpolizei eine wirkungsvolle Massnahme an der Hand, und die Bevölkerung könnte geschützt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Wortlaut des Postulats steht im Widerspruch zu den soeben gehörten Äusserungen von Michael Baumer (FDP). Das Postulat fordert eine Anpassung der Strategie. Unser Konzept hat sich aber bewährt: Es herrschen relativ klare Regeln, und die Polizei muss kein Haus x-mal räumen, weil es immer wieder von Neuem besetzt wird. Dabei ist wichtig, dass die Besetzer auch tatsächlich gehen, sobald die Frist abläuft. Trotzdem analysieren wir die Situation laufend und stehen z. B. auch im Austausch mit dem Hauseigentümerverband. Wir greifen ein, wo es nötig ist und führen auch Personenkontrollen durch.*

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Bei einer chaotischen Häuserbesetzung im Kreis 7 kam es unlängst zu keinen Verhaftungen, und die Polizei weiss bis heute nicht, wer die Akteure waren. Die Praxis des Stadtrats ist verheerend. Jede Hausbesetzung läuft aus dem Ruder, es kommt zu Sachbeschädigungen am Haus selber oder in der Umgebung. Die Zeit des Zuschauens und Tolerierens muss endlich vorbei sein. Es kann auch nicht angehen, dass die Folgekosten einer Hausbesetzung der Allgemeinheit oder privaten Hausbesitzern auferlegt werden. Während die Polizei ziemlich schnell eingreift, wenn jemand auf seinem Gartensitzplatz abends etwas länger sitzen bleibt, dürfen sich finstere Chaoten in dieser Stadt einfach alles erlauben. Ich bitte den Rat, das etwas zu schwach formulierte Postulat zu unterstützen. Den Stadtrat bitte ich, seine schlechte und widerrechtliche Praxis zu hinterfragen und illegal besetzte Liegenschaften zu räumen, bevor Chaos ausbricht.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir schlagen vor, das Wort «insbesondere» zu streichen. Wir finden auch, dass ein rechtsfreier Raum, der eskaliert, nicht im Sinne einer Stadt sein kann, die unter Wohnungsnot leidet. Es gibt gute Beispiele von Hausbesetzungen, wo Leute bis zum Abriss in einem Haus bleiben und dabei keine störenden Immissionen verursachen. Die Strategie des Stadtrats, solche Gebäudenutzungen unter bestimmten Voraussetzungen zu dulden, ist deshalb eine gute Sache. Für den Fall, dass übermässige Immissionen auftreten, soll der Stadtrat aber eingreifen und seine Strategie anpassen können.

Renate Fischer (SP): Räumungen besetzter Häuser bringen nur kurzfristigen Erfolg. Mit Zwangsräumungen ist ein grosser polizeilicher Aufwand verbunden, und es kommt zu Gewalt und Sachschäden, was nicht quartierverträglich ist. Die aktuelle Strategie sieht vor, dass für leerstehende Gebäude Zwischennutzungen gefunden werden, so dass es gar nicht erst zu Hausbesetzungen kommen kann. Die SP will, dass diese Strategie weiter verfolgt wird. Sobald eine Zwischennutzung vereinbart wurde, oder eine Abbruch- oder Baubewilligung vorliegt, findet eine Räumung statt. Ziel ist es, dass eine Zwangsräumung langfristig erfolgreich ist. Selbstverständlich gilt es, Lärmbelästigungen zu vermeiden und dagegen vorzugehen – egal von welcher Quelle sie ausgehen. Je nach Situation ist aber von einer Zwangsräumung abzusehen. In Zürich wird ein pragmatischer Umgang mit Hausbesetzungen gepflegt. Wir lehnen das Postulat ab.

Guido Trevisan (GLP): Das Eigentum ist genügend geschützt; jeder Eigentümer kann, falls sein Haus besetzt wird, eine Räumung beantragen. Auch bei Lärmimmissionen kann man sich gemäss der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) an die Polizei wenden. Wir sehen keinen Grund, warum wir das Postulat unterstützen sollten.

Urs Fehr (SVP): Der Staat hat die Pflicht, Grundeigentum zu schützen. Als Liegenschaftsbesitzer ist es mein gutes Recht, meine Liegenschaft leerstehen zu lassen. Man kann nicht argumentieren, eine Hausräumung sei nicht nachhaltig; Geschwindigkeitsbussen zeitigen oft auch keine langanhaltende Wirkung, werden aber trotzdem konsequent verhängt. Wenn die Polizei ein besetztes Haus räumt, sollte sie die Besetzer ver-



haften und für den entstandenen Schaden und Aufwand zur Kasse bitten.

Marc Bourgeois (FDP): «Pipo libero» hiess es zwischen Mitte November und Mitte Dezember an einem besetzten Haus am Hottingerplatz. Pipo, 29-jähriger Anhänger des Revolutionären Aufbaus Winterthur, wurde in Basel nach einer Party verhaftet und blieb fast ein halbes Jahr lang in Präventivhaft. In Zürich wäre Pipo ungeschoren davongekommen; am Hottingerplatz hielt sich die Polizei während sechs Stunden vornehm zurück und betrat das Gebäude erst, nachdem die Sippe abgezogen war und auf dem ganzen Platz eine Spur der Verwüstung hinterlassen hatte. Basel geht offensichtlich härter gegen Hausbesetzer vor. In Zürich fehlt der Wille.

Mauro Tuena (SVP): Wer sich in Velofragen für den Schutz des privaten Eigentums einsetzt, sollte dies konsequenterweise auch mit Bezug auf Liegenschaften tun. Die Beschlagnahme fremden Eigentums ist illegal.

Michael Baumer (FDP): Die Streichung des Worts «insbesondere» trägt vermutlich zur Klärung bei: Es geht darum, Räumungen durchzuführen, wenn regelmässig massive Immissionen auftreten. Wir nehmen die Textänderung an. Das Postulat ist sanft formuliert. Der Stadtrat soll über seinen Schatten springen und es noch einmal sorgfältig durchlesen.

STR Daniel Leupi: Die Strategie muss nicht angepasst werden, ist sie doch kein Freibpass für massive Immissionen oder für das Ignorieren gesetzlicher Vorschriften. Räumungen finden in der Tat statt. Die Textänderung bringt ausser einer gewissen Klärung nicht viel. Euer Anliegen ist bei uns aber durchaus angekommen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie seine Strategie im Umgang mit besetzten Häusern so angepasst werden kann, dass Häuser in reinen Wohnquartieren geräumt werden, ~~insbesondere~~ wenn dort regelmässig illegale Veranstaltungen mit massiven Emissionen stattfinden. Vor allem Lärmimmissionen, aber auch Verslumung, Abfall oder Pöbeleien sollten zu Massnahmen führen.

Das geänderte Postulat wird mit 51 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat